

Forderung der Jungparteien Jugendlichen soll der Zugang zu Therapiemöglichkeiten erleichtert werden.

Man sieht sie kaum, sie stehen vor dem Eingang des Congress Center in Basel, versteckt hinter den Gewerkschaftern des VPOD. Es sind Studentinnen und Studenten, sie verteilen kleine, aus Zeitungspapier gebastelte Blumen. Sie tun es leise und unaufdringlich; ihr Anliegen klingt mehr nach einem Hilferuf als nach einer Forderung: #vergissmeinnicht steht auf den weissen, zusammengerollten Flugblättern, die sie an diesem verregneten Mittwochmorgen den vorbeigehenden Grossrätinnen und Grossräten in die Hand drücken.

Fast zeitgleich wenden sich die Basler Jungparteien mit einem offenen Brief an die National- und Ständeräte und an die Regierungsräte und Fraktionspräsidien des Kantons Basel-Stadt. Auch an sie die Bitte: Vergesst uns nicht! Von den Juso über die Junge Mitte bis hin zur Jungen SVP, von ganz links bis ganz rechts, denn Corona und seine Folgen kennen keine Parteigrenzen – sie alle fordern Ressourcen für psychologische Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Und zwar jetzt.

Solidarität bewiesen

Die Jungpolitikerinnen und -politiker erinnern in ihrem Schreiben an den wertvollen Beitrag, den Jugendliche und junge Erwachsene während der Pandemie geleistet haben und immer noch leisten. Aus Solidarität mit den vulnerablen Menschen, und das sei auch richtig so. Gesundheitsminister Alain Berset hat sie dafür in seiner Rede vom 17. Februar gelobt.

Doch so wichtig dieses Lob sein mag – damit ist es wohl nicht getan. Es brauche mehr, finden auch die Vertreterinnen und Vertreter der Basler Jungparteien. Verschiedene Medienberichte und Aktionen von Jugendvertretungsverbänden hätten auf die prekäre psychische Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufmerksam gemacht. Umso wichtiger sei es, dass psychologische Betreu-

ungsplätze schnell verfügbar seien, damit die Krisensituation von Kindern und Jugendlichen entschärft werden könne. Im Moment seien diese knapp, und die finanzielle Hürde für viele Familien und Jugendliche sei zu gross.

Eine Möglichkeit, um die Situation der Betroffenen zu verbessern und die dringend benötigten Therapieplätze zu schaffen, ist der Wechsel vom Delegations- zum Anordnungs-

modell. Es geht darum, dass Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten künftig nicht mehr unter Aufsicht eines Arztes arbeiten müssen, sondern auf ärztliche Anordnung selbstständig tätig sein können.

Der Bundesrat unterstützt diese Umstellung, wie er im vergangenen Juni mitteilte. Die Anordnung durch eine Hausärztin oder einen Hausarzt ermögliche einen einfacheren und früheren

Zugang zur Psychotherapie als die bisher erforderliche vorgängige Konsultation bei einer Fachärztin oder einem Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie.

Es liegt nun am Bundesrat, den Systemwechsel zu vollziehen. Die nationalen Politiker, der Regierungsrat und die Fraktionspräsidien im Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt sollen in Bern darauf hinwirken, fordern die Jungparteien und schla-

gen einen Deal vor: «Wir geben weiterhin unser Bestes, dafür vergessen Sie uns und unsere psychische Gesundheit nicht.»

Viel Stress für Jugendliche

Sie wünschen sich zudem, dass national wie auch kantonal die Weichen für mehr niederschwellige Angebote für Kinder und Jugendliche sowie junge Erwachsene gestellt werden. Daran arbeitet bereits die Baselbieter Grünen-Nationalrätin Florence Brenzikofer. Die dreifache Mutter und Sekundarlehrerin ist überzeugt, dass es rasch zugängliche Angebote auf medizinisch-psychiatrischer Ebene braucht. Sie reicht am Freitag im Nationalrat eine Motion dazu ein.

Brenzikofer will zudem vom Bundesrat wissen, wie der Stress an Schulen und Universitäten reduziert werden kann. Sie stützt sich dabei auf den Policy-Brief der Swiss National Covid-19 Science Taskforce vom 20. Januar 2021. Um psychischen Problemen vorzubeugen und entgegenzuwirken, empfiehlt diese unter anderem, Stress zu reduzieren. «Das Gefühl, dass sie in der Schule etwas verpassen, wenn sie in Quarantäne sind, oder im Fernunterricht den digitalen Anforderungen nicht gewachsen sind, löst bei vielen Stress aus», sagt Brenzikofer. «Es ist unglaublich, welche Last Kinder und Jugendliche in dieser Pandemie tragen müssen. Und sie sind sehr gut darin, es zu verbergen.»

Deshalb: #vergissmeinnicht.



Während der Pandemie fallen viele Freizeitangebote für Jugendliche weg. Foto: Manuel Zingg